



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe II/2013 – 04.02.2013)

Liebe Leserinnen und Leser,

die Wahl in Niedersachsen hat gezeigt, dass es ein großes Bedürfnis in der Gesellschaft nach sozialdemokratischen Themen gibt. Inhalte sind den Menschen wichtig; dieser Wahlerfolg beflügelt und bestätigt uns, die richtigen Konzepte zu haben.

Dass wir richtig liegen, hat auch die Kanzlerin erkannt. Wieder einmal versucht sie, uns zu kopieren, uns hinterherzulaufen. Aber eine Flexi-Quote ist eben keine Frauenquote und eine Lohnuntergrenze kein gesetzlicher Mindestlohn. Merkel liefert nichts als Leerformeln. Dass sie dabei enttarnt wird, ist wohl einer der Gründe, warum sie vor einem zweiten TV-Duell mit Peer Steinbrück kneift.

In der vergangenen Sitzungswoche war eines der großen Themen die Debatte um Sexismus in der Gesellschaft. Die SPD-Fraktion setzt sich für volle Gleichberechtigung von Frau und Mann ein. Wir haben etliche Instrumente dazu auf den Weg gebracht, etwa das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, das Anti-Diskriminierungsgesetz, das Gesetz zur Entgeltgleichheit und eine Frauenquote. Das sind erste Schritte, aber vonnöten ist auch ein kultureller Wandel, eine Bewusstseinsbildung bei allen.

Ein besonderes Anliegen ist uns Sozialdemokratinnen und -demokraten ein Verbot der NPD. Es ist unerträglich, dass diese „Partei“ mit Steuergeldern ihren Rassismus organisieren kann. Eine Verhöhnung ihrer Opfer ist das. Die SPD hat darum an diesem Freitag einen Antrag in den Bundestag eingebracht, der den Innenausschuss auffordert, auf der Grundlage des zusammengetragenen Materials aus Bund und Ländern eine Empfehlung ans Parlament auszusprechen, wie zu verfahren ist. In jedem Fall sollte der Bundestag als Verfassungsorgan unabhängig vom Bundesrat einen NPD-Verbotsantrag stellen. Das muss Aufgabe der Volksvertreterinnen und -vertreter sein, dafür zu sorgen, dass die NPD nicht länger im Schutz eines politischen Mandats handeln kann. Es ist perfide, dass sie dadurch vom Staat geschützt wird. Der Staat muss vor der NPD geschützt werden!

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe II/2013 – 04.02.2013)

Noch etwas ganz anderes: Auf unserer Beteiligungsplattform <https://debatten.zukunftsdialog.spdfraktion.de> können sich ab sofort wieder Bürgerinnen und Bürger mit ihren Ideen beteiligen. In der ersten Debattenphase möchten wir gemeinsam Vorschläge für eine moderne Geschlechter- und Gleichstellungspolitik entwickeln. Zusammen wollen wir daraus eine schlüssige Politik erarbeiten, die endlich Chancengleichheit in allen gesellschaftlichen Bereichen herstellt und es ermöglicht, zwischen vielen verschiedenen Lebensmodellen frei zu wählen. Macht mit!

Viel Spaß beim Lesen wünschen

Johannes Pflug



Bärbel Bas



IMPRESSUM

HERAUSGEBER UND V.I.S.D.P.: BÄRBEL BAS, MDB / JOHANNES PFLUG, MDB
REDAKTION: MANUEL REIß, LIS WEY
PLATZ DER REPUBLIK 1,
11011 BERLIN
DIE TEXTE KOMMEN ZUM TEIL VON DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Inhaltsverzeichnis

Seite

- 03 [TOP-THEMA: Die NPД muss verboten werden](#)
- 05 [GLEICHSTELLUNG: Die Sexismus-Debatte](#)
- 07 [AFGHANISTAN: ISAF-Mandat verlängert](#)
- 08 [FAMILIE: SPD setzt zusätzliche Mittel für Krippenausbau durch](#)
- 10 [GESUNDHEIT: „Pille danach“ rezeptfrei abgeben](#)
- 11 [NETZPOLITIK: Koalition lässt Verbraucher bei Abmahnungen im Stich](#)

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe II/2013 – 04.02.2013)

TOP-THEMA: DIE NPD MUSS VERBOTEN WERDEN

An diesem Freitag brachte die SPD-Fraktion den Antrag „Erkenntnisse der Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern zur Verfassungswidrigkeit der ‘Nationalen Partei Deutschlands’“ in den Bundestag ein. Ziel des Antrags ist, dass Innen- und Rechtsausschuss Beweise zur Verfassungsfeindlichkeit der NPD prüfen und eine Empfehlung über ein Verbotsverfahren aussprechen sollen (Drs. 17/12168).

Die NPD ist seit ca. 50 Jahren die politische Bewegung des Rechtsextremismus. Sie verherrlicht den historischen Nationalsozialismus und folgt dessen menschenverachtender Ideologie. Werte unserer Verfassung wie Freiheit des Individuums, Menschenrecht, Gleichheitsrechte werden auf der Straße und in Parlamenten bekämpft. Sie ist in Teilen gewaltbereit, antisemitisch und rassistisch.

Thomas Oppermann, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion, sprach sich klar für ein Verbotsverfahren aus, „denn die NPD steht in der Kontinuität der nationalsozialistischen Ideologie.“ Sie bekämpfe den Kernbereich der Verfassung. Oppermann kritisierte die unentschlossene Haltung der Bundesregierung zum Verbotsantrag: „Wir können nicht verlangen, dass Menschen mit Zivilcourage gegen Rechtsextremismus vorgehen und wir uns gleichzeitig von der Verantwortung wegducken“.

Er appellierte an das Parlament: „Wir müssen zusammen vorgehen“. Eine wachsame und aktive Zivilgesellschaft sei wichtig. Es gehe darum, die Opfer vor dieser Partei zu schützen, denn die Demokratie möge die verfassungsfeindliche NPD vielleicht aushalten, ihre Opfer können es nicht.

Mit Blick auf ein erneutes Verbotsverfahren gegen die NPD konstatierte er, dass die Politik heute besser vorbereitet sei als im Jahr 2003. Es lägen „1000 Seiten Beweise vor aus Quellen, die verwertbar sind“. Oppermann betonte, die NPD richte sich direkt gegen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung“. Der Bundestag müsse eine Haltung einnehmen.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe II/2013 – 04.02.2013)

Ralf Jäger, Innenminister von Nordrhein-Westfalen, unterstützte im Namen der Länder den Antrag. „Als gewählte Vertreter ist es unsere Pflicht, alles zu tun, um die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger zu schützen.“ Der Bundesrat habe bereits ein wichtiges Zeichen über alle Parteigrenzen hinweg gesetzt, jetzt müsse der Bundestag folgen. Ein weiteres Zögern, „wäre ein verheerendes Signal im Kampf gegen Rechtsextremismus.“

Michael Hartmann, innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, äußerte sich in der Debatte: „Wir wissen um die Risiken des Parteienverbots. Hohe Hürden müssen aufgebaut sein. Wir kommen zum Ergebnis, diese sind überwindbar.“ Er verwies darauf, dass das gesammelte Material von Bundes- und Länderbehörden „nicht kontaminiert“ sei.

Verbot hat sehr gute Aussichten auf Erfolg

Die NPD muss verboten werden, um der Partei den Anschein der demokratischen Legitimation zu nehmen. Es muss klar gemacht werden, dass rechtsextreme Positionen in unserer demokratischen Gesellschaft keinen Platz haben. Gremien dürfen Rechtsextremen nicht als Plattform für ihre Meinung zur Verfügung stehen, ebenso wenig öffentliche Gelder, die die NPD für verfassungsfeindliche Aktionen nutzt. „Es ist die Aufgabe des demokratischen Staates, Menschen, die Opfer rassistischer Übergriffe werden, zu schützen, sich schützend vor sie zu stellen“, so Thomas Oppermann.

Das Verfahren hat heute bessere Aussichten auf Erfolg, als je zuvor. Rund 1000 Seiten an Beweisen für die Verfassungsfeindlichkeit der Partei wurden bisher gesammelt. Als Quelle wurde dafür nicht auf V-Leute zurückgegriffen, sondern auf öffentlich zugängliche Reden, Dokumente, Broschüren etc. Um ein Scheitern wie im letzten Verbotsverfahren zu verhindern, haben Bund und Länder alle V-Leute aus den Führungsgremien der NPD zurückgezogen. Alleine die Partei ist so verantwortlich für ihre Aktionen und Entscheidungen. Die Bevölkerung steht mehrheitlich hinter einem Verbot, 73 Prozent unterstützen ein entschiedenes Vorgehen gegen die Partei.



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe II/2013 – 04.02.2013)

Die SPD-Fraktion ist überzeugt, dass ein NPD-Verbotsverfahren nur dann seine volle Wirkung entfaltet, wenn alle Verfassungsorgane geschlossen dahinter stehen. Natürlich reicht ein Verbot allein nicht aus, aber es wird den Rechtsextremismus an zentraler Stelle schwächen. Darüber hinaus muss Rechtsextremismus auf allen gesellschaftlichen Ebenen bekämpft werden.

GLEICHSTELLUNG

Und da ist sie wieder – die alte Debatte aus den 1970er- und 1980er-Jahren über das sexistische Verhalten von Männern gegenüber Frauen am Arbeitsplatz und auch über die Zerrbilder, die in den Medien Frauen zum Sexobjekt degradieren. Es war ein Trugschluss, dass sie nach vier Jahrzehnten engagiertem Feminismus und neuem weiblichen Selbstbewusstsein überwunden ist. Nein, Sexismus ist leider auch im 21. Jahrhundert noch aktuell, und auch die alten Reflexe über die Debatte sind wieder da.

Das Porträt einer Journalistin über Rainer Brüderle im Stern der vergangenen Woche und zu seinem angeblich sexistischem Verhalten ihr gegenüber an einer Bar ein Jahr zuvor war der Auslöser für eine von Frauen angestoßene Debatte über Sexismus im Büro, bei Betriebsfesten, bei Bewerbungen und auch in der Öffentlichkeit. Was am 25. Januar bei twitter unter dem Hashtag #aufschrei mit 5000 Einträgen begann, liegt mittlerweile bei mehr als 81.000 tweets. Frauen machen sich Luft, indem sie über ihre persönlichen Erfahrungen berichten. Über die Debatte wird nun in den Medien berichtet, und auch die Talkshows haben sich dem Thema angenommen. Einige Reaktionen auf den Beitrag der Stern-Journalistin und über die Debatte zeigen, dass manche, meist männliche Protagonisten, längst nicht verstanden haben, worum es eigentlich geht. Da wird darüber schwadroniert, warum eine Frau erst nach einem Jahr darüber schreibt, dass Frauen überempfindlich seien, oder dass Frauen ja selbst dieses Verhalten provozierten.

Tatsächliche Gleichberechtigung lässt Sexismus keinen Platz

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe II/2013 – 04.02.2013)

SPD-Fraktionsvizin Dagmar Ziegler sagt: „Ich finde richtig und wichtig, dass momentan unsere gesamte Gesellschaft über Sexismus diskutiert – und eben nicht nur wir Politikerinnen und Politiker im Deutschen Bundestag. Wir müssen uns gemeinsam darüber klar werden, welches Verhalten zwischen Frauen und Männer willkommen ist. Was zu einem erlaubten Annähern zwischen den Geschlechtern gehört und auch weiterhin gehören soll. Und wo die Grenzen verlaufen, die Männer - und auch Frauen - nicht überschreiten dürfen.“ Ziegler sieht in der aktuellen Debatte die große Chance, dass die Gesellschaft zu einem respektvolleren Umgang miteinander kommt, „ohne dass dabei der harmlose und von beiden gewollte Flirt auf der Strecke bleibt“.

Auch der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Thomas Oppermann, findet es gut und wichtig, dass über das Thema gesprochen wird. Es gebe ein großes Bedürfnis danach, über Sexismus zu sprechen und darüber, wie Männer und Frauen am Arbeitsplatz miteinander umgehen. Oppermann sagt: „Ich persönlich finde, das Verhältnis von Männern und Frauen am Arbeitsplatz sollte von professioneller Wertschätzung und gegenseitigem Respekt geprägt sein. Sexismus ist eine Form der Diskriminierung. Sexistische Äußerungen sind peinlich und unprofessionell“.

Caren Marks, frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, meint dazu: „Die öffentlich geführte Sexismus-Debatte zeigt, dass dieses Thema nicht bagatellisiert oder ins Lächerliche gezogen werden darf, sondern einer intensiven, sachlichen Auseinandersetzung bedarf. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich für tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen ein, in so einer Kultur hat Sexismus keinen Platz. Die Verteilung 'viele Männer - wenig Frauen' dagegen erleichtert ein frauendiskriminierendes Klima, in dem Sexismus gedeiht.“

Debatte führen – Diskriminierung abbauen

Die Debatte liefert einen wichtigen Anstoß für unsere Gesellschaft, sich darüber klar zu werden, welche archaischen Rollenbilder in manchen Köpfen vorhanden sind, die zu sexistischen Ausfällen am Arbeitsplatz oder auch in der Bahn gegenüber Frauen führen. Vor

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe II/2013 – 04.02.2013)

allem aber geht es auch darum, wie sie überwunden werden können. Immer noch sind viele Bereiche männlich dominiert. Immer noch trauen sich Frauen nicht – vor allem dann, wenn es sich um sexistisches Verhalten eines Vorgesetzten handelt – sich zur Wehr zu setzen. Aber auch viele Männer finden das sexistische Verhalten ihrer Geschlechtsgenossen mehr als peinlich, ja abstoßend.

Doch Frauen werden auch jenseits der sexistischen Äußerungen und Handlungen am Arbeitsplatz nach wie vor diskriminiert. Sie gelangen oft nicht bis in die Spitze von Unternehmen und Organisationen, sie werden schlechter bezahlt als ihre männlichen Kollegen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat viele Initiativen auf den Weg gebracht, um diese Diskriminierung abzubauen, und sie beschäftigt sich auch mit der aktuellen Debatte. Die SPD-Fraktion hat Antworten: das Gesetz zur Frauenquote, zur Entgeltgleichheit (gleiche Löhne für gleiche Arbeit von Männern und Frauen), zur Gleichstellung und das Antidiskriminierungsgesetz.

AFGHANISTAN

ISAF-Mandat verlängert

Am 31. Januar hat der Deutsche Bundestag die Verlängerung der Bundeswehrebeteiligung am ISAF-Mandat in Afghanistan beschlossen. Das Bundeswehrrkontingent soll bis Februar 2014 von 4.400 auf 3.300 Soldatinnen und Soldaten reduziert werden. Damit wird der Rückzug der Bundeswehr fortgesetzt. Der bisherige Auftrag der Bundeswehr – Aufbau und Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte sowie der Schutz der afghanischen Bevölkerung – endet im Dezember 2014. Bis dahin werden die afghanischen Sicherheitskräfte die vollständige und alleinige Verantwortung für die Sicherheit im Land übernehmen. Vor allem muss der wirtschaftliche Wiederaufbau weiter vorangetrieben werden. Die afghanischen Sicherheitskräfte werden für eine gewisse Zeit auf Ausbildungshilfe und Beratung angewiesen bleiben. Die Bundeswehr wird deshalb voraussichtlich auch nach 2014 noch in Afghanistan vertreten sein, allerdings auf Grundlage eines völlig anderen Mandats und mit deutlich weniger Soldaten. Die SPD-

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe II/2013 – 04.02.2013)

Bundestagsfraktion hat wieder mehrheitlich für diese Verlängerung gestimmt, wir Duisburger Bundestagsabgeordneten sind dabei unserem Abstimmungsverhalten konsequente treu geblieben: Johannes Pflug für die Verlängerung des Mandats votiert, Bärbel Bas hat aus Gewissensgründen dagegen gestimmt. Fest steht für uns beide aber wieder: Der Truppenabzug muss jetzt entschlossen vorangetrieben werden.

FAMILIE

Wenige Monate (1. August 2013) vor dem Inkrafttreten des Rechtsanspruchs auf einen Krippenplatz oder eine Kindertagespflegestelle für Kinder ab dem ersten Geburtstag muss der Ausbau der frühkindlichen Bildung und Betreuung in unserem Land massiv vorangebracht werden. Wenn die Kommunen den Rechtsanspruch gegenüber den Eltern nicht einlösen können, droht ihnen eine Klagewelle.

Seit längerem ist bekannt, dass der Bedarf an Plätzen in Kitas und in der Kindertagespflege höher ist, als ursprünglich von der Bundesregierung angenommen. Allerdings hat Familienministerin Kristina Schröder (CDU) diesen höheren Bedarf stets bestritten. Dank des massiven Drucks der SPD-Bundestagsfraktion und der SPD-regierten Bundesländer stellt die Bundesregierung nun zusätzliche Mittel für den Kita-Ausbau bereit. Damit beteiligt sich der Bund an der Schaffung von zusätzlichen 30.000 Plätzen. Der Bundestag hat dazu in dieser Woche das „Gesetz zur zusätzlichen Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege“ beschlossen.

Mit diesem Gesetz sollen 2013 und 2014 insgesamt 580 Millionen Euro für Investitionskosten für zusätzliche 30.000 Betreuungsplätze bereit gestellt werden. Damit beteiligt sich der Bund künftig an der Förderung von 780.000 Plätzen anstatt bisher nur an 750.000 Plätzen. Darüber hinaus stellt der Bund mit dem Gesetz über eine Neuverteilung bei der Umsatzbesteuerung weitere Mittel für die Betriebskosten in Aussicht: 2013 sind es zusätzlich 18,75 Millionen Euro, 2014 weitere 37,50 Euro und ab 2015 sind es zusätzlich 75 Millionen Euro fortlaufend. Der Bund beteiligt sich also 2014 mit insgesamt 807,5 Millionen Euro

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe II/2013 – 04.02.2013)

anstatt mit 770 Millionen Euro an den Betriebskosten. Und ab 2015 sind es sogar 845 Millionen Euro.

Die SPD-Fraktion unterstützt den Gesetzentwurf, der auf Druck der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten vorgelegt wurde. Seit drei Jahren hat die SPD-Fraktion immer wieder auf die fehlenden Kitaplätze hingewiesen und zusätzliches Engagement vom Bund u. a. auch durch einen Krippengipfel eingefordert. Um den Rechtsanspruch sicherzustellen hat sie im Herbst 2011 ein Ergänzungsprogramm für den Kitausbau in Höhe von 300 Millionen vorgeschlagen – die Bundesregierung lehnte ab.

Familienministerin zeigt kein Engagement für den Kita-Ausbau

Seit Jahren duckt sich Kristina Schröder weg, wenn es darum geht, den Ausbau der frühkindlichen Bildung und Betreuung zu forcieren. Obwohl Bund, Länder und Kommunen gemeinsam den Ausbau voranbringen müssen, zeigt die Familienministerin immer nur mit dem Finger in Richtung der Länder und Kommunen. Angeblich würden die Länder die Mittel nicht abrufen. Dabei sind bereits 99,2 Prozent der Bundesmittel bewilligt worden. Die SPD-Forderung nach einem Krippengipfel lehnt Familienministerin Schröder ab.

Erst im Juni 2012, als die Bundesregierung die Zustimmung der SPD-regierten Länder zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalpakts benötigte, war sie auf Druck der SPD bereit, die zusätzlichen Mittel für den Kita-Ausbau zur Verfügung zu stellen. In den Verhandlungen hatten der Erste Bürgermeister Hamburgs, Olaf Scholz (SPD), und der damalige Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Kurt Beck (SPD), die SPD-Forderung durchgesetzt. Es entspricht also nicht den Tatsachen, wenn Schröder und die Koalitionsfraktionen für sich beanspruchen, sich für die Aufstockung der Mittel eingesetzt zu haben.

Es ist unverantwortlich, dass die Bundesregierung am umstrittenen Betreuungsgeld festhält. Die dafür notwendigen Mittel in Höhe von rund 2 Milliarden Euro könnten 160.000 zusätzliche Kitaplätze entstehen. Doch mit dem Betreuungsgeld schafft Schwarz-Gelb einen



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe II/2013 – 04.02.2013)

Anreiz, Kinder nicht an öffentlichen Angeboten der frühkindlichen Bildung teilhaben zu lassen und hält Frauen vom Arbeitsplatz fern.

GESUNDHEIT

Die Medien berichten momentan über den Fall einer jungen Frau in Köln, die nach Verabreichung von KO-Tropfen offenbar vergewaltigt wurde und deren Untersuchung zwei katholische Krankenhäuser abgelehnt hatten, weil sie die Frau nicht zur „Pille danach“ beraten wollten. Von einem „hartherzigen und erbarmungslosen“ Verhalten der beiden katholischen Krankenhäuser gegenüber dem Vergewaltigungsopfer sprach der gesundheitspolitische Sprecher und Kölner Abgeordnete der SPD-Fraktion, Karl Lauterbach, gegenüber dem „Kölner Stadtanzeiger“. Seine Überlegungen gingen dahin, ob bei einer Wiederholung die gynäkologische Notfallbetreuung in katholischen Krankenhäusern noch akzeptabel ist. Auch in der Landesregierung werden rechtliche Schritte gegen ein solches Verhalten geprüft.

Dieser Fall führt in besonders drastischer Form vor Augen, auf welche Probleme Frauen stoßen, die die „Pille danach“ auf Grund von Verhütungsfehlern oder ungeschütztem Geschlechtsverkehr am Wochenende oder am Abend benötigen, wenn die Arztpraxen bereits geschlossen sind und kein Rezept mehr ausstellen können. Vor allem in vielen ländlichen und katholischen Regionen Deutschlands stoßen Frauen auf Hindernisse und auch auf abschätzigste Bemerkungen durch Klinikpersonal.

„Pille danach“ rezeptfrei abgeben

Aus diesen Gründen will die SPD-Bundestagsfraktion, dass die „Pille danach“ mit dem Wirkstoff Levonorgestrel (LNG) endlich auch in Deutschland rezeptfrei in Apotheken zu erhalten ist. Dazu haben die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Oktober 2012 einen Antrag in den Bundestag eingebracht (Drs. 17/11039). Vorgesehen ist darin, dass vor der rezeptfreien Abgabe eine Beratung der Frau in der Apotheke zu erfolgen hat. Zudem soll der Umgang mit der „Pille danach“ nach Aufhebung der Rezeptpflicht evaluiert werden. SPD-Fraktionsvizein Dagmar Ziegler äußerte gegenüber der „Frankfurter Rundschau“: „Ich finde

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe II/2013 – 04.02.2013)

eine Beratung sehr wichtig, aber die kann auch in der Apotheke verantwortlich erfolgen. Eine Rezeptpflicht ist meiner Meinung nach dafür nicht notwendig“. Dass die Freigabe des Notfallmittels nicht zu Missbrauch geführt habe, zeigten zudem die Zahlen aus den anderen EU-Ländern, wo es seit Jahren frei erhältlich ist.

Die „Pille danach“ ist kein Abtreibungsmedikament, wie von den Gegnern der rezeptfreien Abgabe oft behauptet wird, sondern eine Notfallverhütung, die ungewollte Schwangerschaften und Schwangerschaftsabbrüche verhindert. Denn das Medikament wirkt nicht, wenn sich die Eizelle bereits eingenistet hat. Es muss so schnell wie möglich – allerspätestens 72 Stunden nach dem Geschlechtsverkehr– eingenommen werden.

In 28 europäischen Ländern – darunter Frankreich, Großbritannien, Spanien und Schweden – sowie weltweit in 79 Ländern können Frauen die „Pille danach“ ohne Rezept bekommen.

NETZPOLITIK

In der Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft wurde klar: Im Gegensatz zu uns hat die Regierungskoalition keine Antworten auf die wesentlichen Verbraucherfragen. Bei massenhaften Abmahnungen ist das Problem längst erkannt: Die Gebühren für Abmahnanwälte sind deutlich zu hoch. Wir fordern daher klare Schritte, um diese Gebühren gerade bei Erstverstößen zu senken. Die Regierungskoalition hat ähnliche Vorstellungen bereits in einem Gesetzentwurf formuliert. Leider liegt der aber aufgrund interner Streitigkeiten in einer Schublade des Justizministeriums. Inzwischen ist kaum noch damit zu rechnen, dass er jemals das Licht des Bundestages sehen wird. Die Koalition empfiehlt dem Bundestag indes, verbesserte Informationspflichten für Inkassounternehmen einzuführen.

Verbraucherpolitik in der digitalen Welt muss an einem richtigen Verbraucherleitbild ausgerichtet werden. Um künftig für gute Verbraucherinformationen und Transparenz in der digitalen Welt zu sorgen, benötigen wir ein hohes Verständnis der Verbraucherinnen und Verbraucher. Dafür reicht das Leitbild des „mündigen Verbrauchers“ allein nicht mehr aus.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe II/2013 – 04.02.2013)

Nur wenn man erkennt, wann Verbraucherinformationen nicht mehr ausreichen, kann man eine zukunftsorientierte Verbraucherpolitik betreiben. Bei Bewertungsportalen kann man diese sensible Grenze gut beobachten: Test- und Bewertungsportale dienen Verbraucherinnen und Verbrauchern dazu, sich einen Überblick über die Angebote zu verschaffen. Allerdings nur dann, wenn die Bewertungen unverfälscht sind. Wir fordern daher, aktuelle Defizite unter definierten Analyseschwerpunkten zu analysieren. Daneben regen wir an, die Transparenz und Verlässlichkeit der Portale in nationalen oder europäischen Regelungen zu sichern.

Auch in weiteren Fragen setzt sich die Problematik fort: Wir wollen einen Verbraucherschutz, der sich an der Realität der Verbraucherinnen und Verbraucher orientiert, während die Koalition lediglich die Quantität der Information erhöhen will. Das heißt, wir müssen Verbraucherverhalten in der digitalen Welt erforschen und für eine fortlaufende Bildung der Verbraucherinnen und Verbraucher sorgen. Wir müssen die Daten der Verbraucherinnen und Verbraucher schützen, anstatt in allgemeinen Geschäftsbedingungen darauf hinzuweisen, dass sie verarbeitet werden. Wir brauchen zudem einen Sachverständigenrat bei der Bundesregierung und ein jährliches Verbraucherpanel.

Um die Durchsetzung der Verbraucherrechte zu gewährleisten, fordern wir einen Marktwächter Digitale Welt, der Verbraucherbeschwerden aufnimmt, kanalisiert und im Zweifel auch mittels kollektiver Klagerechte durchsetzt. Ergänzend fordern wir eine Online-Plattform nach dem Vorbild www.lebensmittelklarheit.de auch für die digitale Welt zu etablieren.

Es ist bedauerlich, dass es bei der Verabschiedung des Zwischenberichtes Verbraucherschutz – anders als in allen anderen Projektgruppen der Internetenquete – nicht gelungen ist, sich wenigstens auf einige wenige gemeinsame Handlungsempfehlungen zu verständigen. Die Empfehlungen der Koalition beschränken sich auf ein paar wenige wolkige Empfehlungen.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de